

Frankreichs Reformdilemma: Macron braucht eine neue Strategie und Europas Unterstützung

von Julie Hamann

Innerhalb eines Monats ist aus der gelben Warnweste ein neues Symbol geworden, mit dem sich Bilder von blockierten Straßen, Tränengas und Zerstörung auf den Champs-Élysées verbinden. Die gelbe Weste bedeutet auch einen Wendepunkt in Macrons Präsidentschaft. Unter dem Druck der Proteste versprach er zuletzt schnelle Kurskorrekturen. Um eine weitere Spaltung Frankreichs zu verhindern, muss Macron sein Regierungshandeln grundlegend ändern. Dazu benötigt er auch die Unterstützung seiner europäischen Partner.

„Alles gleichzeitig“ geht nicht: Macron braucht ein neues Narrativ

Die Gleichung, die die französische Regierung zu lösen hat, ist ähnlich schwierig wie die Quadratur des Kreises: Zugeständnisse ohne Autoritätsverlust, Sozialausgaben ohne Neuverschuldung und wirtschaftliche Liberalisierung ohne den Verlust sozialer Absicherung. Macrons berühmte Formel des „en même temps“ – gleichzeitiger liberalisierender und sozialer Maßnahmen – führt nicht zum gewünschten Ergebnis. Er braucht ein neues Narrativ.

Er, der sich zu Beginn seiner Präsidentschaft als „maître des horloges“ inszeniert hat, als derjenige, der allein den Takt der Uhr und damit der Politik vorgibt, hat in den vergangenen Wochen das Gespür für den richtigen Zeitpunkt verloren. Zu lange dauerte sein lautes Schweigen, zu viel Zeit ist verstrichen, in der er sich zu einem abstrakten Feindbild im öffentlichen Bewusstsein entwickelte. Macron hat seine Vorgänger immer wieder dafür kritisiert, vor Protesten einzuknicken. Er beharrte so stark darauf, diesen Kardinalfehler nicht zu begehen, dass ihm dabei ein anderer, viel schwerwiegenderer unterlaufen

ist: Aus dem schlichten Aussitzen von Protest wurde ein Ignorieren von Gegenstimmen. Wenn sich der politische Stil des Präsidenten ändern muss, dann bedeutet das vor allem, das Versprechen einzuhalten, den Französischen und Franzosen zuzuhören. Dem muss er jetzt einen zentralen Platz in seiner Amtsführung einräumen.

Macron zahlt den Preis für die Schwächung der Gewerkschaften

Die Proteste der „Gelbwesten“ erwecken durch ihre dezentrale Organisation und fehlende Anbindung an Parteien und Gewerkschaften den Anschein einer neuartigen Bewegung. All diese Elemente haben sich jedoch schon in den vergangenen Jahren angekündigt: 2016 präsentierte sich die aus Demonstrationen gegen die Arbeitsrechtsreform entstandene Bewegung „Nuit debout“ schon als Protest ohne Sprecher mit den sozialen Medien als Orga-

nisationsplattform. Die fehlende Mobilisierungskraft von Parteien und Gewerkschaften ist seit Jahren weit über Frankreich hinaus allen westlichen Demokratien gemein. Die politische Schwäche der Parteien zeigt sich besonders deutlich durch den Kollaps der Sozialisten in Frankreich bei den Wahlen 2017, ebenso in geringerem Ausmaß bei dem der konservativen Les Républicains. Beide Parteien haben sich bis heute kaum von diesem Rückschlag erholt.

Macron hat sich die Schwäche der etablierten Parteien zunutze gemacht, indem er sich mit seiner politischen Bewegung inhaltlich wie personell sowohl links als auch rechts bedient hat, um die Aufteilung in beide Lager anschließend als überkommen zu erklären. Schwache und zerstrittene Gewerkschaften sollten nach Macrons Vorstellung ermöglichen, dass seine Reformen durchgesetzt und gleichzeitig ein sozialer Dialog über die Gewerkschaften hinweg ermöglicht wird. Ohne Zwischenebenen, die Aushandlungen, Interessensvertretung und Kompromisse möglich machen, ist jedoch eine Konfrontation vorprogrammiert – eine Erfahrung, die Frankreich mit seinem ohnehin schwach ausgebildeten Korporatismus gut genug kennt.

Ansichts der schwindenden Kraft von Parteien und Gewerkschaften müssen neue Wege gefunden werden, um die Einbeziehung gesellschaftlicher Interessen in die politische Entscheidungsfindung zu garantieren. Dieser Aufgabe sehen sich auch andere westliche Demokratien gegenüber. Je länger die Politik jedoch in alten Strukturen der Entscheidungsfindung verharret, desto wahrscheinlicher und zugleich heftiger werden Blockaden und Konflikte wie in Frankreich.

Die Kosten des ökologischen Wandels dürfen nicht vergessen werden

Nur ganz am Rand nahm Macron in seiner Ansprache Bezug auf Ökologie und Klimapolitik, obwohl die Anhebung der Steuer auf Benzin und Diesel, ein bewusster Schritt in der Abkehr von fossilen Energien, Ausgangspunkt der Proteste war. Indem Macron die Erhöhung zurückzog und damit eine Kernforderung der Demonstranten erfüllte, versuchte die Regierung, die Proteste zu schwächen. Macron gibt damit implizit jenen Recht, die in sozialer und ökologischer Gerechtigkeit einen Widerspruch sehen. Doch das Ausklammern dieser wichtigen Debatte nimmt seinem Versprechen nach einer echten Transformation des Landes die Wirkungskraft. Ökologie und Klimaschutz waren neben den Reformvorhaben und der Stärkung der EU immer der dritte Pfeiler von Macrons Programm. Dieser Bruch wird seine Autorität weiter schwächen – auch international, wo er mit dem klaren Eintreten für die

Umsetzung des Pariser Klimaabkommens eine führende Position Frankreichs sicherte.

Nicht die Klimapolitik, sondern ihre bisher fehlende Begleitung durch soziale Maßnahmen ist das Problem. Das wird auch in der Figur des ehemaligen Umweltministers Nicolas Hulot deutlich: Wenige Monate vor den ersten Protesten der „Gelbwesten“ kündigte er als beliebtestes Mitglied der Regierung seinen Rücktritt an. Die Begründung: In der Umsetzung einer konsequenten und weitreichenden Umwelt- und Klimapolitik sah er sich nicht ausreichend von der Regierung unterstützt. Obwohl er sich aus der Regierung zurückgezogen und seinerzeit an der Entwicklung der Kraftstoffsteuer mitgewirkt hatte, nimmt er nach Sympathiewerten auch heute noch den ersten Platz unter den französischen Politikern ein. Das zeigt, dass die Annahme, Klimaschutz wäre nur einer gebildeten Mittelklasse vermittelbar, viel zu kurz greift. Ökologische Gerechtigkeit muss dringend gemeinsam mit sozialen Maßnahmen gedacht werden, um wesentlich höhere Folgekosten für die Gesellschaft zu verhindern. Diese Chance scheint Macron jetzt zu vergeben.

Macron braucht eine Strategiewende für den Europawahlkampf

Frankreich muss erfolgreich reformiert werden, um die notwendige Glaubwürdigkeit für eine Reform der Europäischen Union zu erlangen: Dieses Versprechen bildete das Fundament von Macrons Europapolitik. Darauf aufbauend zog er als einer der ersten schon im Herbst in den Europawahlkampf für 2019 und ummantelte sein Reformgebäude mit dem Leitbild der „Progressiven“ gegen die „Nationalisten“. Nach den vergangenen Wochen ist fraglich, wie ihn diese Strategie durch die Kampagne tragen soll.

Die Europawahlen sind die Gelegenheit für die Französischen und Franzosen, an den Wahlurnen ein erstes Votum unter Macrons Amtszeit abzugeben. Macron muss einen Strategiewechsel im Europawahlkampf riskieren und den in seiner Ansprache angekündigten „neuen Vertrag“ – ein vage gebliebenes Versprechen, im Dialog die Beziehung zwischen Bürgern und Politik neu und sozialer zu gestalten – ins Zentrum stellen. Denn ansonsten würden die nationalistischen Kräfte von Macrons wahrscheinlicher Abstrafung profitieren.

Die bereits gebildete Allianz europäischer Liberaler unter der ALDE kann dabei hinderlich sein. Die Liberalen, die die als Steuergeschenke wahrgenommenen Maßnahmen des französischen Präsidenten gutheißen, sind kein natürlicher Partner für die von einer Mehrheit der Französischen und Franzosen erwartete sozialere

Politik in Europa. Hinzu kommt, dass es Macron durch die Schwächung in der Klimapolitik schwerfallen dürfte, auch die Grünen zu seinem Bündnis hinzuzugewinnen. Darauf hatte er aber bei seiner Strategie des Überwindens von Parteigrenzen gezählt. Nun muss er diese Strategie ändern, ohne dabei jegliche Kohärenz aufzugeben.

Deutschland sollte Macron seine Unterstützung signalisieren

Macrons starkes Versprechen, die Maastricht-Kriterien einzuhalten, kehrt sich nun um in einen drohenden Verlust seiner Glaubwürdigkeit. Die Defizitgrenze von drei Prozent kann Frankreich unter den angekündigten Maßnahmen kaum halten, da sie Mehrkosten von geschätzten zehn Milliarden Euro im Vergleich zum ursprünglich geplanten Budget 2019 bedeuten. Macron und sein Premierminister Edouard Philippe wenden sich damit von einem Grundpfeiler ihrer Politik ab, nämlich die Defizitkriterien schon früh in der Legislaturperiode einzuhalten.

Es wäre fahrlässig, wenn Europa jetzt Frankreich seinen Gestaltungswillen in der Europapolitik absprechen und das Land isolieren würde, weil es die Schuldenobergrenze überschreitet. Europäische Reformen sind dringend notwendig und das Zeitfenster dafür wird immer kleiner. Wird es nicht genutzt, leidet ganz Europa unter

einer dauerhaften Destabilisierung. Gerade Deutschland, das seit den Bundestagswahlen 2017 nur ein verhaltener Partner für eine deutsch-französische Linie in der Europapolitik war, sollte Frankreich stärker Unterstützung signalisieren. Wie eng Fragen der nationalen Budgets und europäischer Reformen miteinander verknüpft sind, zeigt das jüngste Beispiel der Digitalsteuer auf die Gewinne von Internetkonzernen: Immer wieder blockierte Deutschland die von Macron energisch vorangetriebene Initiative und näherte sich dem nun getroffenen, aber schwachen Kompromiss nur zögerlich. Deutschland hat nicht erkannt, wie wichtig dieses Gesetz für Macron als Signal an die Französinen und Franzosen in Sachen Steuergerechtigkeit ist. Nun muss Deutschland zeigen, dass es Frankreich aktiver unterstützt. Denn eine Rückkehr in klischeebehaftete Bilder des ausgabefreudigen Frankreichs und eines auf Sparen pochenden Deutschlands darf keine Option sein, wenn es beiden Ländern mit der Stärkung Europas ernst ist.

Julie Hamann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Programm Frankreich/deutsch-französische Beziehungen der DGAP.

